

Krieg in der Ukraine

Das Dilemma mit den Deserteuren

23. September 2022, 16:26 Uhr | Lesezeit: 3 min

In Deutschland fordern Politiker, Kriegsdienstverweigerern aus Russland unbürokratisch Schutz zu bieten. Doch dagegen sprechen Sicherheitsrisiken - und der Widerstand einiger EU-Länder.

Von Markus Balser, Kai Strittmatter und Hubert Wetzel, Berlin

Nach der vom Kreml verkündeten Einberufung von 300 000 Reservisten versuchen viele Männer, sich aus Russland abzusetzen. An der Grenze zu Finnland hat sich die Zahl der einreisenden Russen am Donnerstag laut Grenzschutz im Vergleich zur Vorwoche schlagartig verdoppelt. An anderen Außengrenzen wie etwa zu Kasachstan bildeten sich lange Schlangen.

Schnell wurden in der Bundespolitik Forderungen laut, russische Deserteure unbürokratisch aufzunehmen. Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) etwa erklärte auf Twitter: "Wer Putins Weg hasst und die liberale Demokratie liebt, ist uns in Deutschland herzlich willkommen." Dass sich viele Russen nicht an dem Krieg gegen die Ukraine beteiligen wollten, sei ein gutes Zeichen, sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit in Berlin.

Doch schnelle Lösungen sind derzeit nicht in Sicht. Denn die Bundesregierung sieht durchaus Gefahren. Bei Angehörigen des russischen Militärs müssten vor einer Aufnahme immer die Beweggründe im Einzelfall geprüft werden. Es müsse klar sein, dass sich Aufgenommene nicht im Auftrag der Staatsmacht nach Westeuropa bewegten. Das Bundesinnenministerium kündigte an, in den nächsten Wochen eine europäische Lösung für Kriegsdienstverweigerer zu suchen.

Doch das dürfte schwer werden. Denn Länder wie die baltischen Staaten, die teils an Russland grenzen, vertreten eine harte Haltung. Estland, Litauen und Lettland haben erst am Montag, gemeinsam mit Polen, für fast alle russischen Reisenden ihre Grenzen geschlossen. Und ihre Regierungen stellen klar, dass sie keinesfalls vorhaben, nun Ausnahmen zu machen für jene russischen Männer, die vor der Einberufung fliehen. Dabei argumentieren sie vor allem mit der Angst um die nationale Sicherheit.

Litauens Ministerpräsidentin Ingrida Šimonytė sagte am Donnerstag im Parlament in Vilnius, sie könne sich nicht vorstellen, Menschen aus humanitären Gründen einreisen zu lassen, die es bislang "für in Ordnung hielten, auf dem Sofa zu liegen und den Krieg im Fernsehen zu verfolgen" und die erst in dem Moment ihre Probleme mit dem Überfall auf die Ukraine entdeckten, "als ihre Regierung sie zwingt, selbst in den Krieg zu ziehen". Ähnlich argumentierte Estlands Regierungschefin Kaja Kallas. "Estland ist die Heimat unseres Volkes", sagte Kallas am Donnerstag, "nicht die der Komfortflüchtlinge eines Aggressorstaates."

Alle drei Länder stellten klar, dass das individuelle Asylrecht für Russen, die nachweisen können, Dissidenten oder Opfer von Repression zu sein, weiter gelte. Eine humanitäre Generalklausel für Personen, die vor der Einberufung fliehen, komme aber nicht infrage.

In Finnland - dem Nachbarland mit der längsten gemeinsamen Grenze mit Russland - zeigten sich derweil diese Woche Politiker offener für eine großzügige Lösung. Auch Staatspräsident Sauli Niinistö sagte, man müsse eine Asyllösung für russische Armeeflüchtlinge nun zumindest diskutieren. Für Touristen allerdings soll auch in Finnland bald Schluss sein: "Reisen und Tourismus aus Russland müssen gestoppt werden", sagte Ministerpräsidentin Sanna Marin. Die rechtliche Lage sei allerdings "kompliziert".

Für Russen, die sich dem Kriegsdienst entziehen wollen, gibt es mehrere Wege, um in die EU zu gelangen. Sie können ein Schengen-Kurzzeitvisum beantragen, um damit legal einzureisen. Das Problem: Die EU-Mitgliedsländer haben die Vergabe dieser Visa vor einigen Wochen erschwert. Zudem erkennen die baltischen Staaten solche Kurzzeitvisa bei Russen nicht mehr an, auch wenn andere EU-Staaten sie ausgestellt haben. Das hat zur Folge, dass Russen mit diesen Visa auf dem Landweg nur noch über Finnland einreisen können.

Eine zweite Möglichkeit wäre, dass einzelne Staaten beschließen, russischen Deserteuren oder Wehrdienstflüchtlingen humanitäre Visa auszustellen. Diese könnten auch in Russland und in größerem Umfang vergeben werden. Bisher sieht es allerdings nicht so aus, als würde ein europäisches Land sich in dieser Hinsicht vordrängeln wollen. Auch in Deutschland werden solche Visa bislang nur an besonders gefährdete Dissidenten, Journalisten und Forscher vergeben. Und das in überschaubarer Zahl. Bislang hat Deutschland auf diesem Weg seit Kriegsbeginn 438 Menschen aufgenommen. Eine Ausweitung auf Deserteure ist jedoch nicht geplant.

Der dritte Weg: Russen können ohne Visum an die EU-Außengrenze reisen und Asyl beantragen. Grundsätzlich hätten sie dann das Recht, dass sie in die EU gelassen werden und ihr Antrag dort geprüft wird. Und vermutlich hätten sie auch eine Chance, wenigstens befristet Schutz in der EU zu bekommen, wenn sie sich durch ihre Ausreise dem Einsatz in einem völkerrechtswid-

rigen Krieg entziehen wollen - zumindest Deutschland hat das so geregelt. De facto wären russische Wehrdienstflüchtlinge in diesem Fall jedoch in einer ähnlichen Lage wie Syrer oder Afghanen, die vor dem Krieg daheim nach Europa fliehen: Sie müssten sich über Land oder See zu einer EU-Außengrenze durchschlagen und dort um Schutz bitten.

Die Organisation Pro Asyl mahnt deshalb Einreisemöglichkeiten für Betroffene an. "Entscheidend ist jetzt, Wege zu öffnen, wie diese Menschen europäisches oder deutsches Hoheitsgebiet erreichen können", sagt Geschäftsführer Günter Burkhardt. Andernfalls werde in Deutschland eine Scheindebatte geführt.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5662746

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.